

Presseecho zur Standesinitiative „Mehr Wahlfreiheit, Qualität und Kostenbewusstsein in der stationären Versorgung (Spitalbereich)“

Basler Zeitung, baz, 24.04.07

schweiz.

nachrichten

FDP macht Druck für freie Spitalwahl

BERN. Für die FDP ist die freie Wahl unter den besten Spitalern der Schweiz das Herzstück der Gesundheitsreform. Damit das Parlament hier nicht schwach wird, will die Partei in mehreren Kantonen mit Standesinitiativen Druck machen. Mit dem Nein zur Volksinitiative für eine soziale Einheitskrankenkasse am 11. März habe sich der Souverän klar für ein liberales Gesundheitswesen entschieden, sagte der Zürcher Nationalrat und Fraktionspräsident Felix Gutzwiller gestern vor den Medien in Bern. Das Ziel sei ein «regulierter Wettbewerb». SDA

Neue Zürcher Zeitung, NZZ, 24.04.07

Freier Spitalmarkt Schweiz

rom. Auch die FDP meldete sich zu Wochenbeginn mit Vorschlägen zur Gesundheitspolitik zu Wort. Für sie ist die freie Spitalwahl das Herzstück der Gesundheitsreform. Diese setze jedoch Transparenz über die Qualität der Leistungen voraus. Die Zürcher FDP-Präsidentin Doris Fiala nannte als relevante Informationen beispielsweise die Sterberate bei Schlaganfällen oder die Reoperationsrate bei Hüftgelenkoperationen. Laut Fraktionschef Felix Gutzwiller ist der Entscheid des Nationalrats für die landesweit freie Wahl unter öffentlichen wie privaten Listenspitalern ein wichtiger Schritt in die Richtung eines Spital-Binnenmarktes Schweiz. Die Freisinnigen hoffen nun, dass der Ständerat den Kurs beibehält. Zur Sicherheit wollen sie mit Standesinitiativen in mehreren Kantonen dem Parlament den Rücken stärken. Für Doris Fiala ist bei der Spitalwahl die Qualität weit wichtiger als die Frage, ob die Klinik im eigenen Kanton oder im Nachbarkanton liegt. Laut FDP-Grossrat Rolf Stürm strebt sein Heimatkanton Basel-Stadt die Ausweitung der freien Spitalwahl auch aufs grenznahe Ausland an.

sda (Schaffhauser Nachrichten), 24.04.07

Freie Spitalwahl Freisinnige wollen mit Standesinitiativen Druck machen

BERN Für die FDP ist die freie Wahl unter den besten Spitalern der Schweiz das Herzstück der Gesundheitsreform. Damit das Parlament hier nicht schwach wird, will die Partei in mehreren Kantonen mit Standesinitiativen Druck machen.

Mit dem Nein zur Volksinitiative für eine soziale Einheitskrankenkasse am 11. März habe sich der Souverän klar für ein liberales Gesundheitswesen entschieden, sagte der Zürcher Nationalrat und Fraktionspräsident Felix Gutzwiller gestern vor den Medien in Bern. Das Ziel sei ein «regulierter Wettbewerb». Laut Gutzwiller ist der Entscheid des Nationalrats für die landesweit freie Wahl unter öffentlichen wie privaten Listenspitalern ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Nach dem Prinzip des Cassis de Dijon werde ein Spital-Binnenmarkt geschaffen, in dem Transparenz herrsche und die Qualität den Ausschlag gebe.

Die Freisinnigen hoffen nun, dass der Ständerat den Kurs beibehält. Zur

Sicherheit wollen sie mit Standesinitiativen in mehreren Kantonen nachdoppeln. Nach Auskunft von Grossrätin Franziska Fritschy reichte die Berner FDP so als erste Kantonalpartei schon Ende Januar eine entsprechende Motion ein.

In Zürich will die FDP die Regierung mit einer kantonalen Volksinitiative dazu verpflichten, in Bern eine Standesinitiative einzureichen. Der offene Wettbewerb unter den Spitalern werde die Qualität fördern und so die Schweiz als Gesundheitsmarkt insgesamt stärken, sagte die Zürcher FDP-Präsidentin Doris Fiala.

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt wird demnächst über eine von der FDP eingebrachte Standesinitiative debattieren. Laut Grossrat Rolf Stürm strebt Basel die Ausweitung der freien Spitalwahl auf das grenznahe Ausland an. Weitere Vorstösse sind in den Kantonen Aargau und Luzern eingereicht bzw. geplant. Auch Westschweizer Sektionen sind am Prüfen. (sda)

Keine Chance für Spital-Wahlfreiheit

Standesinitiativen Einmal Ja, einmal Nein

LORIS VERNARELLI

Neben den beiden Anträgen zur Einreichung einer Standesinitiative im Energie-Bereich (siehe Bericht nebenan), prägten zwei weitere Standesinitiativen den gestrigen Sitzungstag des Grossen Rates. Rolf Stürm (FDP) und Konsorten strebten mehr Wahlfreiheit, Qualität und Kostenbewusstsein im Spitalwesen an, fanden allerdings mit 32 gegen 80 Stimmen zu wenig Unterstützung. Mehr Erfolg war hingegen dem Vorstoss Urs Müllers (Bündnis) beschieden: Das Kantonsparlament überwies mit 72 gegen 32 Stimmen eine Standesinitiative für die Übernahme von Mietnebenkosten samt Schlussabrechnung bei den Ergänzungsleistungen und für die Anhebung der Grenzwerte für Mehrpersonenhaushalte an die Regierung.

Qualitäts- und Kostenwettbewerb anstelle von staatlicher Planung sei notwendig, verteidigte Stürm seinen Vorstoss. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wolle im Gesundheitswesen Qualität und Wahlfreiheit zu tragbaren Kosten. Doch hierzulande würden, im Gegensatz zum Ausland, keine Vergleiche zur medizinischen Ergebnisqualität veröffentlicht. Das sei unverständlich, denn «Qualität ist messbar, unterscheidet sich und wird durch Transparenz generell verbessert», ist Stürm überzeugt. Ganz nach dem «Cassis de Dijon-Prinzip» für Spitäler sollten künftig allgemein versicherte Patienten schweizweit und im grenznahen Aus-

land zwischen den einzelnen Spitalabteilungen wählen können.

Kritik kam vom linken Lager. Philippe Macherel (SP) gewann zwar dem Vorstoss viel Positives ab, war aber in zwei grundlegenden Punkten nicht einverstanden: «Erstens darf der freie Markt die staatliche Planung nicht ersetzen, sonst drohen chaotische Verhältnisse wie in den USA. Und zweitens nützt die freie Spitalwahl nichts, solange die Spitäler von Gesetzes wegen nicht gezwungen werden, Patienten aufzunehmen.»

«Ein gewichtiges Problem»

Ein Schlagabtausch zwischen Antragsteller Urs Müller und dem bürgerlichen Ständeratskandidaten Andreas Albrecht (LDP) belebte die Debatte um die Standesinitiative betreffend Mietnebenkosten. Obwohl er das Anliegen des Bündnisses als berechtigt einstufte, spielte Albrecht die Wichtigkeit des Vorstosses herunter. Für eine Standesinitiative sei das Thema zu wenig zentral und habe keinen klaren Bezug zur Region. «Für Leute, die 3000 Franken im Monat verdienen und Ergänzungsleistungen beziehen, sind 1000 Franken an Nebenkosten ein gewichtiges Problem», konterte Müller und fügte hinzu, dass diese Problematik endlich auch in Bundesbern wahrgenommen werden müsse. Das Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, vor allem Artikel 3, sei deshalb zu ändern, forderte Müller.